

5846/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Schuster, Ellmauer und Kollegen haben am 22. April 1999 unter der Nr. 6139/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Anti - Atom - Politik Österreichs in Bezug auf Temelin gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, daß ich als Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz für Angelegenheiten des Strahlenschutzes und der nuklearen Sicherheit verantwortlich bin, die umfassenden Aktivitäten der österreichischen Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Temelin jedoch die Zuständigkeiten zahlreicher Bundesminister betreffen. Insbesondere verweise ich auf die Zuständigkeiten des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten, des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten und des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie. Meine Antworten stützen sich daher auch auf Informationen, die mir von den im Gegenstand berührten Bundesministerien zur Verfügung gestellt wurden.

Zu Frage 1:

Ohne die einzelnen Aktivitäten jetzt detailliert aufzählen zu wollen, möchte ich hier nur einige wesentliche herausnehmen. Am 6. April haben der tschechische Umweltminister KUZVART, der Minister für Umwelt, Jugend und Familie und ich die Details der österreichischen Unterstützung für die von Minister KUZVART vorzulegende Analyse der Folgen einer Einstellung des Baus des Kernkraftwerks Temelin vereinbart.

Trotz der extrem kurzen Bearbeitungszeit ist es uns gelungen, in der Zeit zwischen dem 19. und 25. April der tschechischen Seite eine „Energiewirtschaftliche Stellungnahme zum möglichen Baustopp von Temelin“, verfaßt von Universitätsprofessor Dr. M. HEINDLER, Direktor Dr. J. HEIZINGER und anderen, einschließlich einer Analyse von Kosten verschiedener Energiesysteme, erstellt vom Umweltbundesamt, ein „Gutachten zur Anerkennung des Kernkraftwerks Temelin als „Stranded Costs“, verfaßt von Rechtsanwalt Dr. Christoph HERBST, sowie „Basisüberlegungen zu einer alternativen Nutzung des Standortes Temelin“, ausgearbeitet vom Österreichischen Institut für Raumplanung, zu übermitteln.

Darüber hinaus habe ich mich zwischen dem 9. und dem 13. April schriftlich an die Landeshauptleute von Wien, Niederösterreich und Oberösterreich sowie an die Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, für auswärtige Angelegenheiten, für Finanzen, für Wissenschaft und Verkehr und für Arbeit, Gesundheit und Soziales gewandt und sie gebeten, jeweils in ihrem Kompetenzbereich komplementäre Aktivitäten zu setzen bzw. die bereits begonnenen Aktivitäten weiterhin zu unterstützen.

In den folgenden Tagen haben sich die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr sowie der Bundesminister für Inneres schriftlich an ihre jeweiligen Ressortkollegen gewandt. Wie mir berichtet wurde, hat auch der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten wiederholt interveniert.

Am 6. Mai 1999 habe ich mich erneut - wiederum gemeinsam mit dem Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie - schriftlich an den Tschechischen Umweltminister KUZVART gewandt und ihn erneut der weiteren Unterstützung Österreichs versichert.

Der Herr Bundeskanzler selbst hat sowohl schriftlich als auch persönlich den Premierminister der Tschechischen Republik darauf hingewiesen, daß die Argumente für einen sofortigen Baustopp gegenüber jenen für einen Weiterbau bei weitem überwiegen. Darüber hinaus hat auch der Herr Bundeskanzler Österreichs Bereitschaft zur Unterstützung für eine zukunftsverträgliche und kernenergiefreie Energieversorgung der Tschechischen Republik unterstrichen.

Bei all diesen Interventionen standen die ökonomischen Aspekte sowie die positiven Auswirkungen eines Verzichts auf die Fertigstellung des Kernkraftwerks Temelin im Vordergrund. Ich betone aber, daß die Regierung der Tschechischen Republik schon früher - sowohl auf diplomatischem Wege als auch in einem Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an den Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik - auf die europapolitischen Aspekte der Angelegenheit und mögliche Auswirkungen auf den Beitrittsprozess aufmerksam gemacht wurde.

Zu den Fragen 2 bis 5:

Zunächst erinnere ich daran, daß auf meine Initiative hin eine tschechisch - österreichische Energiepartnerschaft vereinbart und mit einer Auftaktkonferenz auf Expertenebene am 9. und 10. März 1999 auch ganz konkret gestartet wurde. Auch wenn diese Energiepartnerschaft langfristig in beiderseitigem Interesse und zum beiderseitigen Nutzen angelegt ist, ergaben bereits die ersten Kontakte eine Fülle vieler sprechender energiewirtschaftlicher Optionen.

Allerdings haben bereits die Beiträge der von der Bundesregierung in die „Temelin Kommission“ der tschechischen Regierung entsandten österreichischen Experten überzeugend dargelegt, daß unter gesamtenergiewirtschaftlichen Gesichtspunkten in verschiedenen Szenarien jene Strategie zu überlegen ist, in der eine schrittweise und an der tatsächlichen Bedarfsentwicklung orientierte Umrüstung bestehender - und in einem erheblichen Ausmaß ohnedies zu sanierender - Heizwerke in Kraft - Wärme - Kopplungs - Anlagen (KWK) bzw. der Zubau solcher Anlagen mit einer Verbesserung der Effizienz der Energienutzung kombiniert wird. Eine solche Strategie, die wohl den realen Gegebenheiten des europäischen Binnenmarktes, aber auch den Unsicherheiten in den Prognosen über die zukünftige Entwicklung des Stromverbrauchs am besten entspricht, ist am ehesten dazu angetan, langfristig Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. Auf diesen Ansatz wurde in den vielfältigen österreichischen Interventionen wiederholt verwiesen.

Angesichts der sehr unterschiedlichen Ansichten über die zukünftige Energiepolitik innerhalb der Regierung der Tschechischen Republik liegt hiezu bis heute keine offizielle Reaktion der Tschechischen Regierung vor. Das Ergebnis der Abstimmung am 12. Mai zeigt jedoch, daß sich zahlreiche Mitglieder der Regierung der Tschechischen Republik unserem Standpunkt angeschlossen haben.

Hinsichtlich konkreter Finanzierungsmöglichkeiten weise ich darauf hin, daß die Erarbeitung von Finanzierungskonzepten konkrete Projekte voraussetzt. Ich betone aber, daß ich - und soweit mir bekannt, auch alle involvierten Mitglieder der österreichischen Bundesregierung - nie einen Zweifel daran gelassen habe, daß Österreich bereit ist, eine zukunftsweisende Energiestrategie der Tschechischen Republik mit allen Kräften - auch mit finanziellen Mitteln, wo dies erforderlich sein sollte - zu unterstützen. Ich selbst habe diese Bereitschaft durch die Zusage von Startfinanzierungen für ausgewählte Projekte anlässlich der Auftaktkonferenz zur Energiepartnerschaft unter Beweis gestellt.

Zu Frage 6:

Ohne hier alle Studien der vergangenen Jahre nochmals aufzählen zu wollen, ist in Ergänzung zu den in der Beantwortung zu Frage 1 angeführten Arbeiten der bereits kurz erwähnte Beitrag der von Österreich in die „Temelin Kommission“ nominierten Experten mit dem Titel "Comments for the „Team for the Evaluation of the Project of the Temelin Nuclear Power Plant““ zu erwähnen, der von Universitätsprofessor Dr. M. HEINDLER und Direktor Dr. J. HEIZINGER in Zusammenarbeit mit einer Reihe weiterer namhafter Fachleute erstellt wurde.

Zu Frage 7:

Heute sind - im Gegensatz zur Situation vor etwa einem Jahr - bereits zahlreiche Regierungsmitglieder sowie weite Kreise der Bevölkerung der Tschechischen Republik von der Sinnlosigkeit dieses Kernkraftwerks überzeugt. Ich meine, daß diese Entwicklung ein Verdienst der konsequenten und unermüdlichen Arbeit zahlreicher Mitglieder der österreichischen Bundesregierung ist. Es ist natürlich auch ein Verdienst anderer Gebietskörperschaften, vor allem aber jener engagierten Bürgerinnen und Bürger in der Tschechischen Republik wie in Österreich, die - wie ich - in all den Jahren die Hoffnung nicht aufgegeben haben, doch noch einen Meinungsumschwung herbeizuführen. So sind auch die Argumente, die heute gegen die Fertigstellung des Kernkraftwerks Temelin und für zukunftsweisende andere Optionen vorgebracht werden können, nicht zuletzt das Verdienst österreichischer Aktivitäten.

Die knappe Entscheidung der tschechischen Regierung vom 12. Mai 1999 ist für mich Ansporn, meine Aktivitäten mit großer Entschlossenheit fortzusetzen. Darüber hinaus plant die österreichische Bundesregierung bis Ende Juni einen diesbezüglichen Aktionsplan zu verabschieden, der auch Kernkraftwerke in anderen Staaten umfassen soll.